Druck der Entente auf Rußland.

(Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Büro.) General Duchonin hat an die russische Armee eine Nachricht gelangen lassen, wonach die Vertreter der Ententestaaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. September 1914 geschlossen worden ist. Anknüpfend hieran drohen die Vertreter der Ententestaaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein Waffenstillstand schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet der russische Oberkommandierende den ihm unterstehenden Kommandanten, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Bolschewiki an der Macht bleiben und ihr Programm ausführen, mit Deutschland Frieden zu schließen, dann würde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten. In einem Telegramm an alle militärischen Komitees, Arbeiter,, Soldaten- und Bauernräte reagiert der Beauftragte für die auswärtigen Angelegenheiten, Trotzki, auf diese Mitteilung des abgesetzten Höchstkommandierenden Tuchonin. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diplomatischen Noten an einen General wenden, der wegen Ungehorsams gegen die Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg für einen ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht willens, unter der Knute der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für den sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Ränken!

Die Friedensstimmung in Rußland.

Ein aus Petersburg in Haparanda angekommener italienischer Legationsrat teilte dem Korrespondenten des Kopenhagener Blattes Snellposten mit, Rußland wäre dem Frieden sehr nahe. Sobald die Engländer das Land verlassen haben würden, würde es nur noch wenige Tage dauern, bis der Separatfrieden geschlossen sei.

Buchanans Aufenthalt unbekannt.

Nationaltidende meldet aus dem Haag: Hufvudstadsbladet meldet: Der englische Botschafter reiste am 23. November von Petersburg ab und wird auch durch Wiborg gekommen sein. Seitdem hörte man aber nichts mehr von ihm. Es wird angenommen, daß er in Finnland zurückgehalten wird. — Das Blatt Dien teilt mit, daß die Maximalisten die Goldreserve der Reichsbank beschlagnahmt haben.

Zunehmende Anarchie in Finnland.

Nach den letzten Nachrichten aus Finnland herrscht dort stets zunehmende Anarchie. Das Auftreten der roten Garde, deren Tätigkeit in Haussuchungen, Verhaftungen, Plünderungen und Gewalttaten besteht, erweckt allgemeine Erbitterung. In Helsingfors wurden bisher 44 Menschen ermordet. Der Aufstand ist zwar im Abnehmen begriffen, aber die Revolution will nicht aufhören. Die Sozialisten sind nicht mehr Herren der Lage. Die Hälfte des Volkes gehorcht keiner Autorität mehr. Eine wirkliche Regierung gibt es augenblicklich nicht. Die finnische Staatskasse ist geleert bis auf 7 Millionen, den Betrag von verkauften Staatsgeldern. Aber auch diese sind bald verbraucht. Zu alledem kommt der immer bedrohlicher werdende Mangel an Lebensmitteln. Die Teilnahme der schwedischen Oeffentlichkeit an dem unglücklichen Zustande des Nachbarlandes tritt immer deutlicher hervor. Heute erklärt Svenska Tagbladet, daß sich Schweden von dem außerordentlichen Notstande, der Finnland droht, nicht unberührt zeigen könne. Die Lage müsse vielmehr das allgemeine Gefühl erwecken, daß irgend etwas geschehen müsse. Die Schwierigkeit sei nur, den rechten Weg für die Hilfe zu finden. Sache der schwedischen Regierung sei es, die Initiative zu ergreifen. Das Gefühl, daß Schweden in dieser Hinsicht Verpflichtungen habe, sei allgemein.

■

Die neue englische Blockadepolitik.

Der skandinavische Korrespondent der N. Zür. Ztg. meldet, daß die englische Regierung jeglichen Import schwedischer Holzmassen verboten hat. Die Erklärung für diese Aufsehen erregende englische Maßnahme gegen eine der größten Industrien, die hauptsächlich auf England angewiesen war, dürfte auf die neue Blockadepolitik Englands zurückzuführen sein. Es handelt sich also um einen gegen Schweden gerichteten handelspolitischen Schachzug. Dasselbe Blatt meldet aus dem Haag, daß in den letzten Tagen abermals eine Anzahl holländischer Heringsdampfer von den Engländern nach England aufgebracht wurden, so daß die holländische Regierung die Ausfahrt der Heringsdampfer bis auf weiteres verboten hat.

England legt seine Hand auf Island.

Der skandinavische Vertreter der Basler Nationalzeitung meldet: Es stellt sich heraus, daß Island bereits tatsächlich eine selbständige Außenpolitik führt, indem es eigene Vertreter nach London, Washington und Kanada entsandte. Die dänischen Behörden haben bis jetzt noch keine Maßnahmen dagegen ergriffen. Man erwartet, daß das Land vollständig reifen wird, wenn von der dänischen Regierung keine Schritte zur Regelung der Differenzen getan werden.

Drahtzieher dieser ganzen Bewegung ist natürlich England, das auch hier seine eigensüchtigen Pläne verfolgt und sich in der menschenleeren und zur Eigenexistenz wirtschaftlich viel zu schwachen Insel einen botmäßigen Vasallenstaat schaffen will.

Deutscher Admiralstabsbericht.

(Amtlich.) Berlin, 26. November. Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich 2 große, tiefbeladene Dampfer, von denen einer Munition geladen hatte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Drahtnachrichten.

Eine Falschmeldung.

Berlingske Tidende von gestern bringt eine aus London stammende Nachricht, nach welcher General Ludendorff mit zahlreichem Stabe an die russische Front abgereist sei. Diese Nachricht entbehrt jeder Grundlage. General Ludendorff befindet sich bei den Truppen an der Westfront.

Der Machtbereich der Bolschewiki.

Nach einer Meldung der Petersburger Zeitung Prawda befinden sich folgende Städte in der Gewalt der Bolschewiki: Petersburg, Moskau, Kiew, Nischninowgorod, Charkow, Odessa, Jekaterinoskaw, Samara, Saratow, Kasan, Rostow, Wladimir, Reval, Pskow, Minsk, Krasnojarsk, Podolsk, Serpuchow und Tsaritzyn.

Uebernahme russischer Banken durch den Staat.

Der Rat der Volkskommissäre bereitet die Uebernahme aller Privatbanken durch den Staat vor.

Der Zar nach Japan geflüchtet?

Central News zufolge besagt ein unbestätigtes Gerücht, daß es dem Zaren gelungen sei, von Tobolsk nach Japan zu flüchten.

Spanien vor neuen Entschließungen.

(Meldung der Agence Havas.) Ein Romanones von der liberalen Partei gegebenes Essen vereinigte mehr als 300 Gäste. Romanones hielt eine Rede, in welcher er betonte, daß für Spanien die Notwendigkeit bestehe, gegenüber den Ländern der Entente eine neue Politik zu verfolgen, welche sich offen nach der Entente hin orientiert.

Kein Schiffsraum für amerikanische Truppen.

Algemeen Handelsblad wird aus London gemeldet: Um so rasch wie möglich amerikanische Truppen nach Frankreich bringen zu können, wird die amerikanische Mission bei der französischen Regierung darauf dringen, eine durchgreifende Reform der Rationierung durchzuführen, damit die Schiffsfrachten vermindert würden. England hat bereits einer solchen Maßregel zugestimmt.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Auf der Tagesordnung der gestern, Montag, abgehaltenen Sitzung stand die allgemeine Vorberatung über den Antrag Andrä und Genossen über die

Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche.

Abg. Andrä (kons.) begründet seinen Antrag: In Anbetracht dessen, daß die Kartoffelanbaufläche im Deutschen Reiche und im Königreiche Sachsen in bedrohlichem Umfange zurückgegangen ist und sich während der Kriegszeit immer mehr herausgestellt hat, daß keine andere Feldfrucht die Kartoffel ersetzen kann, mit allen Mitteln eine Begünstigung des Mehranbaues von Kartoffeln zu erstreben, um eine genügende Sicherung der menschlichen Ernährung zu schaffen. Der Antrag sei dringlich, damit die nötigen Maßnahmen getroffen werden bezüglich der Rationierung und des Zurückhaltens des Saatgutes. Schuld an dem Rückgange der Kartoffelanbaufläche trage die falsche Preispolitik in den Jahren 1915/16, ferner das Verfütterungsverbot und die viel zu geringe Saatmenge. Um eine vergrößerte Kartoffelanbaufläche zu erreichen, müßte für 1918 ein genügend hoher Mindestpreis für die Kartoffeln festgesetzt, das nötige Saatgut sichergestellt und vielleicht eine Prämie für Mehranbau gewährt werden.

Ministerialdirektor Wirkl. Geh. Rat Dr. Roscher: Die Regierung sei von der Wichtigkeit des vorliegenden Antrages überzeugt. Die Ziffern, die für 1917 einen Rückgang der Anbaufläche aufweisen, seien durchaus nicht unbestritten, aber eine Verminderung der Anbaufläche sei zuzugeben. Der Hauptgrund des diesjährigen geringeren Kartoffelanbaues, das Fehlen von Saatgut, werde im kommenden Jahre fortfallen. Ein auskömmlicher Preis müsse frühzeitig festgesetzt werden. Diesmal unbenutzt liegengebliebener Boden müsse für den Kartoffelanbau verwendet werden. Das Ministerium glaube, das für das nächste Jahr ein weiterer Rückgang der Kartoffelanbaufläche kaum zu befürchten sei. Immerhin sei die Regierung bei der außerordentlichen Tragweite der Frage gern bereit, auf weitere Erörterungen einzugehen.

Abg. Nitzschke-Leutzsch (ntl.): Seine Freunde stünden dem Antrage Andrä freundlich gegenüber. Sie verlangten, daß der Landwirtschaft genügendes Saatgut zur Verfügung gestellt werde und daß die Preise von Saatkartoffeln im richtigen Verhältnis zu den Konsumkartoffelpreisen stehen, daß für die notwendigen Vespanntiere gesorgt werde und daß die erforderlichen Arbeiter und namentlich auch Betriebsleiter in genügender Zahl beurlaubt werden. Werde den Landwirten in dieser Weise entgegengekommen, dann könne von ihnen als Gegenleistung die Anbaupflicht verlangt werden.

Nach einem Schlußworte des Antragstellers wird der Antrag zur Vorberatung an die Rechenschaftsdeputation verwiesen.

Nächste Sitzung: Heute, Dienstag, vormittag 1/2 11 Uhr: **Allgemeine Vorberatung des Staatshaushalts.**

■

Die nationalliberale Fraktion der Zweiten Ständekammer hat den Abg. Nitzschke-Leutzsch zum ersten, den Abg. Dr. Niethammer zum zweiten und den Abg. Dr. Seyfert zum dritten Vorsitzenden gewählt. Der bisherige erste Vorsitzende Abg. Hettner ist bekanntlich in die Reichsbekleidungsstelle in Berlin berufen worden.

Aus dem Königreich Sachsen.

Prinz Ernst Heinrich,

der dritte Sohn Sr. Majestät des Königs, vollendet am 9. Dezember d. J. sein 21. Lebensjahr. Er tritt zu diesem Zeitpunkte als Mitglied in die Erste Kammer des Sächsischen Landtages ein, auch wird ihm ein Ausstattungsbeitrag von 15 417 M. für die Bildung eines eigenen Hausstandes bewilligt. Prinz Ernst Heinrich steht zurzeit als Leutnant im Felde. Nach dem Königlichen Hausgesetze ist dem Prinzen auch von seiner Volljährigkeit ab ein Jahrgeld von 20000 Talern zu bewilligen, da jedoch der Geldwert wesentlich herabgegangen ist, ist dieses Jahrgeld für den Prinzen auf 85000 M. festgesetzt worden.

Eine neue Kriegsgesellschaft in Dresden.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, ist der Landesfuttermittelstelle eine Geschäftsabteilung in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung angegliedert worden. Diese neue Gesellschaft ist am Dienstag in Dresden gegründet worden mit einem Kapital von 200 000 Mark, wovon der Staat 100 000 Mark übernimmt, während die Vertretungen von Landwirtschaft und Handel, denen die neue Kriegsgesellschaft hauptsächlich dienen soll, je 50 000 Mark Kapital gezeichnet haben.

* **Geyer.** Turmeinsturz. Der wegen seiner Fernsicht im ganzen Erzgebirge weithin bekannte Aussichtsturm auf Waltershöhe bei Geyer ist während eines heftigen Schneesturmes am Sonntag eingestürzt. Er wurde im Juni 1904 an die Bergwirtschaft angebaut und von Freunden guter Fernsicht häufig bestiegen. Anscheinend war er aus verschalten Pfosten solid erbaut, hat aber dem heftigen Seitendruck des Sturmes, der über unsere Höhen am Totensonntage raste, doch nicht widerstehen können.

* **Annaberg.** Früherer Ladenschluß. Nach amtlicher Bekanntmachung des Rates tritt vom Montag ab bis 15. April früherer Ladenschluß in Wirksamkeit. Darnach dürfen Lebensmittelhandlungen wochentags von 8 bis 7, sonstige offenen Verkaufsstellen von 1/2 9 bis 6 Uhr offen halten. Sonnabends ist allgemeiner Ladenschluß abends 7 Uhr, ebenso während der letzten beiden Wochen vor Weihnachten.

* **Werdau.** Der Verein Heimatdank zu Werdau besitzt jetzt 833 Mitglieder und 173 407 Mark Vermögen. Er verschaffte 140 Kriegsbeschädigten Arbeit, gewährte in diesem Jahre 2000 Mark für Berufsfürsorge, 3500 Mark Hinterbliebenen-Unterstützung und neuerdings 1000 Mark Beitrag für die Prothesenanstalt beim Reservelazarett Heimatdank in Zwickau.

Lichtbilder-Vortrag über die baltischen Lande.

Wer gestern der Einladung der Deutsch-Baltischen Gesellschaft gefolgt und nach dem Blauen Engel gekommen war, um den Vortrag zu hören und die Bilder zu sehen, die das Wissen über die deutschen Lande im russischen Reiche bereichern sollten, der ist glücklich gewesen. Eine selten schöne Rede labte sein Ohr, ganz herrliche Bilder unterstützten die Wirkung der an sich schon malerischen Sprache. Herr Dr. B. Tornius aus Leipzig, ein Livländer, erglüht für seine Heimat und durchdrungen von Liebe zu den Eigenheiten derselben, beseelt von unerschütterlicher Ueberzeugung, daß seine Heimat deutsch bleiben werde und müsse, treu verbunden mit dem Mutterlande, sprach vom Herzen zu den Herzen der Zuhörer in so edler Form, daß die Schönheit unserer deutschen Sprache den Zuhörern zu ganz besonders eindringlichem Bewußtsein kam. Als ausgezeichneter Kenner seines Landes und seiner Leute führte Herr Dr. Tornius nach einleitenden und begrüßenden Worten des Herrn Stadtrats Schubert die Zuhörer nach den drei Ostsee- oder baltischen Provinzen. Er beschrieb ihre geographische Gestaltung, erwähnte ihren Seen- und Wälderreichtum und die Vorliebe der Bevölkerung für Sagen. Zahllose Burgruinen gemahnen an die Vergangenheit. Den Hauptraum nehmen ein die Großgüter mit ihren Edelhöfen, von denen viele während der Revolution 1905 eingeäschert worden sind und mit ihren protestantischen Kirchen, deren Seelsorgeramt schon vom Urgroßvater in einer Familie ruht und deren charakteristisches Merkmal ein sehr spitzer Kirchturm ist, mit ihrem Forst- und Verwaltungsbeamtenhaus. In den Städten ist die Intelligenz, die Kaufmannschaft, die Handwerker deutscher Abstammung und lutherischen Bekenntnisses. Hier herrscht kultureller Konservatismus, während in politischer Beziehung der Adel mehrfach Beweise liberaler Gesinnung geliefert hat, so z. Bsp. die Bauernbefreiung 50 Jahre vor der preußischen Bauernbefreiung bewirkt und immer für eine tiefgehende Schulbildung gesorgt hat. In diese Gegenden sind eingedrungen die drei zur finnisch-ugorischen Völkerfamilie gehörigen Stämme, die mit den Ungarn verwandt sind: Kuren, Esthen und Liven; diese haben sich noch mit Skandinaviern vermischt. Hier fanden die Esthen, die eine Vorliebe für die Ansiedlung in Dörfern haben, die Letten vor. Die Letten, Indogermanen von Abstammung, in einer Stärke von einer Million, bevorzugen das Einzelgehöft, neigen zu den Slaven, sind hinterlistig und Sanguiniker von Charakter, leben in Feindschaft mit dem baltischen Deutschtum, 1905 waren sie vom russischen Nationalismus aufgehetzt. Sie sind sehr auf den Vorteil bedacht und unsittlichkeitlerisch gesinnt.

Letten, Esthen, Deutsche machen neun Zehntel der Bevölkerung der baltischen Provinzen aus, während das übrige Zehntel Russen, in der Ueberzahl Soldaten und